Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zl. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 177. Bromberg, Sonnabend den 2. August 1924. 48. Jahrg.

Kritische Lage auf der Londoner Konferenz.

Ein französisches Memorandum. — Ein englisches „Unannehmbar".

Die Verhandlungen der Londoner Konferenz sind in ein sehr kritisches Stadium getreten, und in der Presse wird bereits ein völliges Scheitern der Konferenz an die Wand gemalt. Die neuen Schwierigkeiten, die das ganze Werk zu gefährden drohen, rühren von einem neu eingebrachten französischen Memorandum her, das sich auf verschiedene strittige Fragen bezieht, das die Franzosen aber als unteilbares Ganzes behandelt wissen wollen, dem also gewissermaßen als Motto das Wort vorangesetzt ist: c'est à prendre ou à laisser. Der Sachverhalt ist nach der „Voss. Ztg." folgender:

England hat in Erwartung, daß die deutsche Delegation die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets in London anschneiden wird, die Alliierten aufgefordert, in inoffiziellen Besprechungen außerhalb der Konferenz zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ramsay Macdonald hat den Standpunkt der englischen Regierung dahin umschrieben, daß England eine völlige militärische Räumung des Ruhrgebietes binnen sechs Monaten nach völliger wirtschaftlicher Räumung (wie die einen behaupten) lebhaft begrüßen, (wie andere behaupten) lebhaft erwarten würde. Der späteste Termin für die militärische Räumung würde, berechnet auf Grund der ersten von der Konferenz angenommenen Termine für die Wirtschaftskonferenz, der 15. April 1925 sein müssen. Ramsay Macdonald hat ferner darauf hingewiesen, daß England entschlossen sei, am 10. Januar 1925 die Kölner Zone gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zu räumen, und daß es „sehr ernste Bedenken" gegen eine auch nur vorübergehende Wiederbesetzung durch andere alliierte Truppen geltend machen würde. Frankreich und Belgien haben gegenüber dieser englischen Vorstellung bereits am Sonnabend, als die Premierminister von Portsmouth nach London zurückfuhren, grundsätzlich ihr Einverständnis bekundet, die militärische Räumung des Ruhrgebietes so rasch wie nur irgend möglich zu vollziehen und hätten in Aussicht gestellt, daß die englische Version eine ausführbare Diskussionsbasis bilden werde. Innerhalb der belgischen und französischen Delegation wurde dann Sonntags und Montags ein lebhafter Widerstand gegen das von den Premierministern grundsätzlich angenommene Kompromiß geltend gemacht, indem Hymans bei den Belgiern und Nollet bei den Franzosen darauf hinwiesen, daß es unbedingt erforderlich sei, die von England auch aus innerpolitischen Gründen so lebhaft gewünschte militärische Räumung des Ruhrgebietes nur dann zu einem festen Termin zuzusagen, wenn es gelingt, dieses Zugeständnis so teuer wie möglich zu erkaufen.

Die „Times" charakterisiert kurz die neuen französischen Vorschläge dahin, Herriot selbst habe sich zur völligen Räumung des rechtsrheinischen Gebiets verpflichtet, aber er habe sich offensichtlich von den Mitgliedern seiner Delegation überreden lassen, die die Frage der Zurückziehung der Truppen als ein Mittel zu weiterem Druck gegenüber Deutschland zu benutzen wünschten. Die ursprüngliche Formel der Franzosen sei gewesen, die Räumung von deutschen Zahlungen abhängig zu machen. Jetzt gehe sie dahin, sie von der Ausführung des Dawesplanes abhängig zu machen. Dies bilde die Grundlage des neuen französischen Memorandums.

Im einzelnen enthält das Memorandum Vorschläge betreffs der Feststellung von deutschen Verfehlungen durch die Reparationskommission, oder, wenn diese nicht zu einem einstimmigen Beschluß komme, durch ein Schiedsgericht.

Die Räumung der Ruhr soll nach dem französisch-belgischen Vorschlag in vier Etappen erfolgen; der Antrag lautet:

1. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes muß mindestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Dawes-Planes, also am 15. Oktober 1926 beendet sein.
2. Die Räumung erfolgt in vier Etappen. Am 15. Oktober 1924 wird die Zone von Hagen geräumt, die nächsten Etappen sind die Zonen von Dortmund, Bochum und Essen, die jeweils geräumt werden, wenn eine halbe Milliarde Goldmark in Eisenbahn- oder Industrieobligationen auf dem Weltmark flüssig gemacht werden.

Die Räumung würde also vollständig vollzogen werden, wenn es der Reparationskommission und der deutschen Regierung gelänge, insgesamt 1½ Milliarden Goldmark in Eisenbahn- oder Industrieobligationen auf dem Anleihewege unterzubringen.

Nach einer Pariser Meldung der „D. N. N." hängt das Schicksal der Konferenz, nach den letzten Eindrücken zu schließen, nur noch an einem Faden. Der Vorschlag Herriots bedeutet die äußerste Grenze des Entgegenkommens der Franzosen. An zuständiger Stelle wird bestätigt, daß der französische Ministerpräsident, falls der Vorschlag verworfen würde, sofort nach Paris zurückkehrt. Das würde einem Abbruch der Besprechungen gleichkommen und ein Scheitern der Konferenz bedeuten. Der Ernst der Situation wird allgemein zugegeben. Die Auskünfte am Quai d'Orsay, die allen auswärtigen Pressevertretern gegeben werden, bereiten auf einen negativen Ausgang der Besprechungen vor.

Nach Londoner Meldungen ist der französische Vorschlag für die Engländer und Amerikaner unannehmbar, denn Herriot will, wie sich herauszustellen scheint, der schiedsrichterlichen Körperschaft nur ratgebende und keine entscheidenden Befugnisse zugestehen, mit anderen Worten, er will Frankreich das Recht des selbständigen Vorgehens vorbehalten. Da der französisch-belgische Vorschlag als das letzte Wort Heriots gilt, betrachtet man in London die Lage als ungemein ernst.

*

Die neuesten Londoner Meldungen.

Die Formel für die Verständigung gefunden?

London, 31. Juli. PAT. In Kreisen der Konferenz wird erwartet, daß nach der Vorlegung des französischen und des belgischen Berichts durch die **Hauptdelegierten der** Konferenz die Arbeiten der Konferenz eine neue Wendung nehmen werden. Das erste dieser Dokumente enthält den französisch-belgischen Gesichtspunkt in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes, und den endgültigen Vorschlag über die Art der Durchführung dieser Räumung. Das zweite Dokument ist ein neuer besonders ausgearbeiteter Plan für die Erlangung einer Anleihe von 40 Millionen Pfund unter gleichzeitiger Darlegung der Art der Erlangung von Garantien für die Anleihe. Da die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes außerhalb des Rahmens der eigentlichen Arbeiten der Konferenz liegt, die sich mit der Einführung des Dawesschen Planes ausschließlich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus beschäftigt, so wird die Frage dieser Räumung dem Plenum der Konferenz nicht vorgelegt werden. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die deutschen Delegierten nach ihrer Ankunft in London unverzüglich die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes unterstützen wollen, sowie auch aus anderen Gründen hält man es in den Kreisen der Alliierten für notwendig, daß die beiden interessierten Delegationen, d. h. die französische und die belgische, sich vorher endgültig in dieser Angelegenheit aussprechen werden.

London, 31. Juli. (PAT.) Die erste Kommission der interalliierten Konferenz verständigte sich in ihren heutigen Beratungen vollkommen in bezug auf den Teil des französischen Memorandums, der ihr von den Hauptdelegierten vorgelegt worden war. Ein positives Ergebnis dieser Verständigung wird jedoch von den Arbeiten der dritten Kommission bedingt, die im gegenwärtigen Augenblick über den Teil des Memorandums berät, der ihr vorgelegt wurde. In beiden erwähnten Fällen stellt das französische Memorandum ein organisches Ganzes dar, und kann daher nicht getrennt behandelt werden. Es besteht auch die Hoffnung, daß die Entscheidung, die die dritte Kommission in der Frage des Memorandums treffen wird, ein günstiges Ergebnis haben wird. Beide Kommissionen berieten heute früh und in den Nachmittagsstunden. Die Kommissionen stützten ihre Beschlüsse in dieser Beziehung auf die identisch lautenden französischen Anträge. Diese Beschlüsse, die eigentlich eine Wiederholung der französischen Forderungen ohne jegliche Änderung darstellen, haben folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission, die in ihrer Zusammensetzung durch die Anwesenheit eines Bürgers der Vereinigten Staaten verstärkt wird, welcher gleichfalls Stimmrecht hat, wird jedesmal die Frage beurteilen, ob von Deutschland bewußt böser Wille in die Erscheinung tritt. Sofern in ähnlichen Fällen die Reparationskommission keinen einmütigen Entschluß faßt, kann die Frage der Unterlassungen der Entscheidung der Schiedsgerichtskommission übertragen werden, die sich aus drei Personen zusammensetzt, welche einmütig durch die Reparationskommission berufen werden. Sollte jedoch in der Frage der Berufung dieser Kommission in der Reparationskommission keine Einmütigkeit erzielt werden, so wird die Wahl der Personen in die Schiedsrichterkommission durch den Vorsitzenden der nächsten Session des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag erfolgen. In jedem Falle aber soll der Vorsitzende der Schiedsgerichtskommission ein Bürger der Vereinigten Staaten sein. Was die beiden anderen Mitglieder der Kommission anbelangt, so bestimmt das Memorandum, daß sie die Meinung der Mehrheit und der Minderheit der Reparationskommission repräsentieren sollen. Die erste Kommission hat lediglich beschlossen, daß alle Anzeigen über Unterlassungen Deutschlands, die nicht mit klaren Beweisen eines bösen Willens Deutschlands belegt werden, ausgeschlossen sind. Nach Kenntnisnahme in der Frage der Unterlassungen Deutschlands werden die alliierten Regierungen nach Empfang einer entsprechenden Mitteilung unverzüglich über die Schritte beraten, die Deutschland gegenüber unternommen werden sollen.

London, 31. Juli. PAT. Die 3. und die 1. Kommission berieten heute über den französischen Vorschlag. Es scheint, daß die Prozedur, die darauf beruht, einen Schiedsspruch herbeizuführen, um deutsche Unterlassungen festzustellen, sofern eine Einmütigkeit in dieser Frage innerhalb der Reparationskommission nicht erreicht wird, in **der ersten Kommission auf Schwierigkeiten stoßen wird.** In der dritten Kommission traten die englischen **Sachverständigen** mit **Vorwürfen** gegen die **französische Formel** hervor, die die Verpflichtung der deutschen Reichsregierung zur garantierten Naturalleistung vorsieht. Die englischen Sachverständigen wünschten, daß die deutsche Regierung die Verpflichtung übernehme, alle Anstrengungen zu machen, um die Durchführung der Naturalleistungen sicherzustellen, und erklärten, daß man andererseits nicht darüber entscheiden könne, ob das **Bedürfnis vorliege, diese drei Fragen, d. h. die Unterlassungen, die Zahlungen und die Leistungen zu verbinden.**

London, 31. Juli. PAT. In der Nachmittagssitzung **nahm die Kommission für Unterlassungen einmütig den französischen Vorschlag** in der Frage an, nach welcher man einen Schiedsspruch für den Fall herbeiführen sollte, falls es bei der Feststellung deutscher Unterlassungen innerhalb der Reparationskommission nicht zu einem Einvernehmen kommen sollte. Der französische und der englische Delegierte sprachen sich gegenseitig die Anerkennung aus für die Bemühungen, die auf eine Verständigung abzielen, und die mit einem solchen Ergebnis abschlossen. Die Kommission für die Zahlungen setzt ihre Beratungen fort.

London, 31. Juli. PAT. Die Beratungen der dritten Kommission zogen sich bis in den späten Abend hinein. Gegenstand der Beratungen war ein Teil des neuen französischen Memorandums, der der Kommission vorgelegt wurde und der über die Art und Weise der Verteilung der Entschädigungszahlungen und der Leistung von Sachlieferungen handelt. Die Diskussion ergab den Beschluß, eine Schiedsrichterkommission zu berufen, die in Fällen evtl. Mißverständnisse zwischen den Alliierten und Deutschland in bezug auf die Sachlieferungen zu entscheiden hätte, die für den Zeitraum nach dem Jahre 1930 vorgesehen sind, also die, welche im Dawesschen Plane nicht enthalten sind. Die Schiedsrichterkommission würde sich auch mit den Meinungsverschiedenheiten befassen, die sich in der Frage der Naturalleistungen zwischen der deutschen Regierung und der Kommission für die **Verteilung der Entschädigungszahlungen ergeben könnten.**

Der Złoty (Gulden) am 1. August

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,23 Złoty
	100 Złoty =	109½ Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21 Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,92 Złoty
	Rentenmark . . =	1,27½ Złoty

London, 31. Juli. PAT. In der Sitzung der Vorsitzenden der Delegation betonte Herriot, daß der von ihm gemachte Kompromißvorschlag ein ganzes bilde, derart, daß der Schiedsspruch nicht allein die Feststellung der deutschen Unterlassungen betreffen soll, sofern in dieser Angelegenheit keine Einmütigkeit in der Reparationskommission erreicht wird, sondern auch die Schwierigkeiten, die im Zusammenhange mit der Frage der deutschen Zahlungen, der Naturalleistungen sowohl als auch der Barzahlungen, entstehen könnten

London, 31. Juli. PAT. Die englische Presse teilt mit, daß die **Vorsitzenden der Delegationen** der alliierten Staaten **die allgemeinen Grundsätze des französischen Vorschlages in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets angenommen hätten.** Nach Ansicht der Zeitungen könnten in diesem Vorschlage gewisse geringe Verbesserungen gemacht werden, **man habe jedoch die seit langem gesuchte Formel gefunden.**

London, 31. Juli. PAT. Die erste Kommission hat einmütig den französischen Vorschlag in der Frage des Schiedsspruches angenommen.

Ein anderer Ton gegenüber Deutschland.

Eine Politik gegenseitiger Freundschaft.

Der neue Außenminister Skrzyński gab gelegentlich eines Interviews Erklärungen über die Richtlinien seiner Außenpolitik ab, die wir bereits im Auszuge veröffentlichten. Skrzyński ist für eine Politik gegenseitiger Freundschaft und bemerkenswert ist es, daß er entgegen dem Programm seiner Vorgänger, einen anderen Ton gegenüber Deutschland anschlägt.

Was die Sicherung Polens anbelangt, sagte Skrzyński, so ist diese Angelegenheit erst in der ersten Phase. Heute kann man sich noch keine Rechenschaft darüber ablegen, in welcher Richtung die Initiative der einzelnen Staaten sich abwickeln wird. Man kann sich vorläufig noch nicht darüber klar werden, ob das ein Vertrag für Europa oder auch für die ganze Welt werden soll. Meiner Meinung nach muß man sich auf die Sicherung Europas beschränken. Denn der europäische Kontinent war der Funke, der im Jahre 1914 zum Kriegsbrand entfacht hat und deshalb muß man ihn vor allem der Gesundung entgegenführen. Soweit es sich um Polen handelt, so ist Polen für eine allgemeine Friedensarbeit. Wir müssen jedoch dabei auf der Hut sein, daß wir nicht geschädigt werden, das bedeutet, daß wir auf diesem Gebiete taktisch nur so weit gehen können, wie die Gesamtheit der europäischen Staaten und vor allem die Staaten, die uns umgeben. Auf diesem Boden kann man nur mit einer außerordentlichen Vorsicht sich bewegen. In der Herbstsitzung des Völkerbundes wird Polen seine friedliche Politik unterstreichen, jedoch dabei feststellen müssen, daß die beiden Nachbarstaaten Rußland und Deutschland die Ideen des Völkerbundes in sich nicht aufgenommen haben, was Polen seine Rolle sehr erschwert.

Das Verhältnis zu Rußland und Deutschland

wird ein derartiges sein, wie das Verhältnis Rußlands und Deutschlands Polen gegenüber. Es ist unser Streben, mit beiden Staaten so freundschaftliche Beziehungen als möglich anzuknüpfen und zwar nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Das tägliche Leben weist auf die großen beiderseitigen Vorteile hin auf dem Gebiete des Handels und der Finanzen. Diesem Streben wollen wir von unserer Seite entgegenkommen. Darüber hinaus wird das Verhältnis diesen Staaten gegenüber abhängig sein von dem Verhältnis dieser Staaten zu den bestehenden Verträgen und zum Völkerbunde. Wenn Deutschland und Rußland die Ideen des Völkerbundes sich zu eigen machen, so glaube ich, daß die Idee eines einträchtigen nachbarlichen Zusammenlebens sich in ihrer ganzen Fülle entwickeln wird.

Über das

Verhältnis Polens zur tschechoslowakischen Republik

gab der Minister folgende Erklärung ab: Bisher wurden in dieser Richtung große Anstrengungen gemacht. Leider konnte man noch nicht die Formel finden, welche die beiden Staaten näher aneinander bringen könnte. Für die Zukunft hat Polen ein Interesse daran, daß es gute Beziehungen mit allen Nachbarn anknüpft und insbesondere zu denjenigen, mit denen es, wie in diesem Falle mit der Tschechoslowakei, gemeinsam um dieselben Ideale während des Weltkrieges gekämpft hat. Der Ausbau der gegenseitigen Beziehungen hängt davon ab, mit welchem Programm die Tschechoslowakei zu den Verhandlungen mit Polen treten wird. Wir haben viele gemeinsame Interessen, es müssen aber vorher die Gegensätze zwischen den beiden Staaten auf diplomatischem Wege bereinigt werden. Ich hoffe, daß gegenwärtig diese Frage in ein aktuelles Stadium treten wird.

Meine Politik geht dahin, daß auch die

Beziehungen zu den baltischen Staaten

so gut als möglich werden. Das ist jedoch eine Frage, die nicht in einer kurzen Zeit erledigt werden kann. Die baltischen Staaten müssen sich darüber klar werden, daß die Mitarbeit mit Polen für sie nur vorteilhaft sein kann. Was Kowno anbelangt, so kann man der Hoffnung Ausdruck geben, daß es sich dem Völkerbundabkommen anschließen wird und daß es beizeiten verstehen wird, daß jedes Zuwiderhandeln gegen die bestehenden Verträge und **gegen die Rechte Polens, die sich aus ihnen ergeben, mit**

einer großen Gefahr verbunden ist und Litauen selbst nur Nachteile bringen wird. Eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit Polen ist für Kowno der eigentlich richtige Weg. Ich hoffe, daß Litauen diesen Weg betreten wird.

Zur

Wilnafrage

gab er folgende Erklärung: Diese Angelegenheit ist auf der Tagesordnung des Völkerbundes. Ich glaube, daß sie nur eine Sache des Verfahrens sein wird. Denn **ich kann es nicht zulassen, daß über eine derartige Angelegenheit diskutiert wird** und ich hoffe, daß die Mächte den Standpunkt Polens in dieser Angelegenheit anerkennen und verstehen werden.

Deutschland und der Garantiepakt.

Die deutsche Regierung hat, wie schon mitgeteilt, zu dem ihr vom Völkerbund übersandten Entwurf eines Vertrages über gegenseitige Unterstützung (Garantiepakt) Stellung genommen, und zwar in ablehnendem Sinne. Das Auswärtige Amt hatte den Entwurf einem Ausschuß vorgelegt, dem u. a. der deutschnationale Außenpolitiker Professor Hoetzsch, der volksparteiliche Abgeordnete Professor Kahl, der Professor der Geschichte an der Berliner Universität Meinecke und von den Demokraten der General Graf Montgelas, der frühere Reichsminister Schiffer und Professor Schücking angehörten. Die Denkschrift dieser Sachverständigen hat sich die Reichsregierung zu eigen gemacht und sie dem Generalsekretär des Völkerbundes übersandt.

Die deutschen Sachverständigen bemängelten besonders, daß der Völkerbundentwurf auch Sonderbündnisse zwischen einzelnen Mächtegruppen gestattet und erklärt ein solches System für ungeeignet, das erstrebte Ziel der allgemeinen Sicherheit der Staaten und der dadurch erforderlichen Rüstungsbeschränkung zu erreichen. In dieser Kritik stimmt die deutsche Denkschrift mit amerikanischen und englischen Stimmen zum Völkerbundentwurf überein. In der Denkschrift wird der Nachweis geführt, daß Deutschland angesichts seiner völligen Entwaffnung in eine unmögliche Lage geraten würde, wenn es in einen bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundrates seine Neutralität aufgeben und sich an kriegerischen Maßnahmen beteiligen müßte.

Die Denkschrift beschränkt sich jedoch nicht auf eine negative Kritik, sondern macht auch positive Vorschläge zur Lösung des Problems der Sicherheit und Abrüstung. Die Denkschrift verlangt besonders eine Schlichtungsinstanz für politische Konflikte mit Rücksicht auf Garantien der richterlichen Unabhängigkeit ihrer Mitglieder. Die Abrüstung müsse obligatorisch gemacht werden und es müsse Sorge dafür getragen werden, daß berechtigten Wünschen der Bevölkerung wegen Berichtigung der Grenzen auf dem Wege eines geordneten Ausgleichsverfahrens nachgegeben wird. Nur so könnte eine kraftvolle Wirksamkeit des Völkerbundes gesichert und Deutschland in die Möglichkeit versetzt werden, in den Völkerbund, natürlich unter der Voraussetzung vollständiger Gleichberechtigung, einzutreten.

Vorboten der Ruhr-Räumung?

Wie die „Kölner Volkszeitung" aus Düsseldorf von gut unterrichteter Seite hört, sind seit Anfang dieser Woche sämtliche Arbeiten an Bauten für die Besatzung eingestellt worden. Es läßt sich nicht übersehen, ob diese Anordnung, die im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde erfolgt ist, mit den Vorgängen in London in Zusammenhang steht.

Frankreichs Häfen für deutsche Schiffe freigegeben.

In der transatlantischen Schiffahrt der deutschen Reedereien steht für die nächste Zeit eine bedeutende Änderung bevor. Wie erinnerlich, haben die deutschen Schiffe seit Kriegsende Frankreich nicht mehr anlaufen können. Die französische Regierung und die französischen Wirtschaftskreise haben sich gegen ein Anlaufen französischer Häfen durch deutsche Schiffe ausgesprochen. Lediglich die „Cap Polognie" von der Hamburg-Süd konnte nach Beilegung des Ruhrkonflikts eine Zeitlang Cherbourg anlaufen. Verhandlungen darüber, daß auch der „Albert Ballin" von der Hamburg-Amerika-Linie diesen Hafen benutzen dürfte, zerschlugen sich. Wie wir nunmehr erfahren, hat die französische Regierung in der letzten Zeit ihren Standpunkt geändert. Es ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung bekanntgegeben wird, nach der alle französischen Häfen, auch die in den französischen Kolonien, den deutschen Schiffen zur Benutzung freigegeben werden. Bereits im September soll diese Verordnung Gültigkeit erlangen, und es steht dann zu erwarten, daß nicht nur Cherbourg und Marseilles, sondern auch alle anderen Häfen von den deutschen und den Levantedampfern aufgesucht werden.

Der Nationale Volksverband zur Regierung Grabskis.

Warschau, 1. August. Nach Anhörung des Berichts des Präsidiums und nach einer längeren Diskussion stellte der parlamentarische Klub des Nationalen Volksverbandes fest, daß die Regierung des Herrn Wladyslaw Grabski vor der letzten Änderung in seinem Kabinett, die unter dem einseitigen Parteidruck erfolgte, ihren bisherigen Charakter in unzweideutiger Weise geändert hat, und daß der Klub infolgedessen jede Verantwortung für die Politik dieser Regierung ablehnt.

Das neue jugoslawische Kabinett.

Wien, 30. Juli. Das neue Kabinett Davidowicz, das gestern dem König den Eid geleistet hat, wird möglichenfalls durch ein Mitglied der Pasiczpartei verstärkt werden. Die neue Regierung wird, den Äußerungen eines ihrer Mitglieder zufolge, in der Außenpolitik auf die Erhaltung des Balkan- und des Europafriedens hinarbeiten und die jugoslawische Politik in Einklang mit der Politik Macdonalds und Herriots zu bringen trachten. Im Innern wird die Regierung alle Korruptionserscheinungen energisch bekämpfen und danach streben, die einer Stabilisation der inneren Verhältnisse sehr schädlichen politischen Leidenschaften einzudämmen. Im Sinne des Koalitionsprogramms werde vor allen Dingen auf ein gutes Einvernehmen der drei Stämme hingearbeitet werden. Bezüglich Rußlands werde Jugoslawien die gleiche Politik betreiben wie die Westmächte. Trotzdem die Regierung Davidowicz Rußland näher steht, als die Pasicz-Regierung, werde sie sich Rußland gegenüber zu keinen voreiligen Schritten verleiten und das Freundschaftsverhältnis zu Frankreich auch in der Regelung der Beziehungen zu Rußland mitsprechen lassen.

10 Jahre seit Kriegsausbruch.

In diesen Tagen jährt sich zum 10. Male der Gedenktag an den Ausbruch der Katastrophe des Weltkrieges, dem Millionen von Menschenleben zum Opfer fielen, der weitere Millionen zu Krüppeln schlug und ganze Länder verwüstete, und unter dessen unheilvollen Nachwirkungen noch heute, fast sechs Jahre nach Einstellung des eigentlichen Kampfes, nicht bloß die besiegten Völker, sondern die ganze Welt steht. In ungezählten Familien, in denen der Krieg eine oder mehrere Lücken riß, löst der jetzige Gedenktag die schmerzlichsten Gefühle aus, und vergebens fragt man sich, wofür die Millionen gestorben sind, da wir von der allgemeinen Glückseligkeit, die die alliierten Westmächte für den Fall ihres Sieges der Welt versprachen, weiter entfernt sind als je. Seit 14 Tagen quälen sich die Staatsmänner der Alliierten in London ab, nicht um das der Menschheit versprochene Glück endlich herbeizuführen, sondern um die durch ihre Politik aus den Angeln gehobene Welt wenigstens einigermaßen wieder einzurenken. Mußten so viele Menschen sterben, um dem Chaos Vorschub zu leisten? Und naturgemäß wirft sich dabei auch die Frage auf nach der Schuld oder Nichtschuld, eine Frage, die einmal aufgeworfen, nicht aus der Diskussion verschwinden wird, bis sie restlos gelöst wird.

In einem Gedenkartikel streift die Wiener „Neue Freie Presse" auch die Schuldfrage, indem sie u. a. schreibt:

„Manchmal will es scheinen, es sei darüber kein besseres Wort gesprochen worden, als das viel zitierte von dem früheren Premierminister David Lloyd-George, der sagte: „Wir alle sind in diesen Krieg hineingetappt." Das Schicksalshafte jener Julitage, in denen Europa von der einen Woche zur anderen in den schwersten, furchtbarsten, grauenvollsten aller Kriege geriet, kann gewiß nicht besser wiedergegeben werden, als durch diesen Satz eines Mannes, der mit im Rate der Regierenden einer der Großmächte saß, die auch ihren reichlichen Teil daran hatte, daß kam, was gekommen ist. Mag sein, wir alle sind hineingetappt in das ungeheure und blutige Erlebnis. Aber daß wir uns plötzlich an seiner Schwelle fanden, daß wir plötzlich so weit waren, daß ein Schritt nur, ein unbedachter oder nicht genug bedachter, genügte, das ganze Elend heraufzubeschwören, das ist nicht abzutun mit dem einen Wort Schicksal. Hier ist die Geschichte der wahren Schuld an der Katastrophe, hier bei denen, die die Zündschnur legten, die Pulverfässer füllten und die lauerten, daß ihre geheimsten Wünsche geraten möchten. Vom alten Clemenceau stammt der offene, nichts mehr verhüllende Ausspruch: „Vierzig Jahre habe ich auf diesen Augenblick gewartet", und von Iswolsky, der damals in der russischen Botschaft in Paris saß, wird beglaubigt erzählt, er habe seinen lauten Jubel kaum zurückhalten können, als er ausrief: „Das ist mein Krieg!"

Mein Krieg! Wußte einer von ihnen allen, wo immer sie saßen, was Krieg heißt? An die Möglichkeit einer vierjährigen Dauer hat gewiß keiner geglaubt, keiner an die Möglichkeit, daß einst die Bilanz des Kampfes fast sieben Millionen Tote, über siebzehn Millionen Verwundete und Verkrüppelte, über neun Millionen Witwen und Waisen und nicht viel weniger als eine Million Erblindete umfassen würde. Die letzten Kriege waren kurz gewesen, mit raschen Entscheidungsschlachten und ohne katastrophale Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens in ihrem Gefolge. Erinnern wir uns, daß diesmal vor nun zehn Jahren der allgemeine Glaube ein Ähnliches annahm und daß den ausziehenden Soldaten zugerufen wurde: „Auf Wiedersehen vor dem Jahresende!" Tatsächlich hat dieses Jahr des Ausbruches mit den ersten Entscheidungen auch schon die Grundlagen für die letzten gebracht, mit der Marneschlacht auch schon die hohe Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich und England zusammen im Frontkampf nicht zu besiegen sein würden, mit dem Ringen in Galizien und in den Karpathen schon beinahe die Gewißheit, daß Rußland nicht bis Wien vordringen und daß der Zarismus nicht erreichen werde, was er so zäh und so heiß anstrebte: die Eroberung des Balkans durch die Zerschmetterung von Österreich. Aber trotzdem war das nur der Auftakt, der noch gar nicht erkennen ließ, was später zur Hauptwaffe wurde, der Kampf nicht mehr gegen die Armeen, sondern gegen die Völker selbst, der Kampf, der nicht mehr an den Fronten, sondern in der weiten Ferne der Weltmeere geführt wurde und schließlich den Sieg entschied. Nicht Foch oder einer seiner Kollegen und selbst nicht die Tanks und Flugzeuge aus den Kriegsfabriken von Amerika haben zuletzt den Sieg erfochten, sondern der Hunger, der Mitteleuropa Jahr um Jahr enger zernierte.

Aus dem Hunger entsprang weiteres Unglück. Erinnern wir uns nicht der Tage, da einer dem andern eine Schnitte Brot, einen Schluck Milch, ein Stück Zucker neidete, erinnern wir uns nicht, wie sich Familie gegen Familie, wie sich Stadt gegen Stadt, Bezirk gegen Bezirk, Provinz gegen Provinz absperrte? Mißtrauen und Habsucht, Engherzigkeit und Haß wurden damals genährt und großgezogen, die Verzweiflung setzte sich fest, die Kraft zur Arbeit versiegte und die Muskeln der Soldaten draußen wurden zu schwach gegen frische Gegner.

Wer ist mit wachen Sinnen durch diese furchtbare Zeit durchgegangen, der heute nicht als tiefsten Wunsch empfände, daß der künftigen Generation ein ähnliches Erleben erspart bleiben möge. Wir wissen jetzt, was der Krieg bedeutet, wir kennen seine Schrecken, und die Erfahrungen von zehn Unheilsjahren müssen uns hoffen lassen, daß eine bessere Welt andere Wege finde, um ihre Gegensätze auszugleichen, und sich nicht wieder auf die Straße des Blutes verirre."

Die tragische Nacht.

Petersburg—Paris—Berlin.

Die Ereignisse der Nacht vom 29. bis 30. Juli 1914 im Lichte der letzten Kriegsschuldforschung.

Aus dem Archiv der deutschen Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen.

DVG. Am späten Abend des 29. Juli 1914 empfängt der Zar ein Telegramm des deutschen Kaisers, in dem in ernstesten Worten vor einer Überspannung der Situation durch militärische Maßnahmen gewarnt wird, da von Berlin aus mit allen Mitteln für die Erhaltung des Friedens gearbeitet werde. Der Zar, der vor wenigen Stunden sein Einverständnis zur allgemeinen Mobilmachung gegeben hat, erkennt, welche furchtbare Verantwortung in diesem Augenblick auf ihm ruht. Er stürzt ans Telephon und fordert den Generalstabschef auf, den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung anzuhalten. Schon ist der Chef der Mobilmachungsabteilung, Generalleutnant Sergei Dobrowolski, auf dem Haupttelegraphenamt, schon ist der Befehl aufnahmefertig für alle Apparate. Im letzten Augenblick erreicht Dobrowolski der Telephonanruf des Generalstabschefs, der den Befehl des Zaren übermittelt.

Die Katastrophe war nur für Stunden abgewendet. Hätte die französische und englische Regierung ein Veto gegen die allgemeine Mobilmachung in der gleichen Nacht in Petersburg eingelegt, so wäre vielleicht das Schlimmste vermieden worden. Aber nichts dergleichen geschah. Gegen Abend des 29. Juli hatte Sasonow nach Paris und London telegraphiert, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei. Iswolski, der russische **Botschafter in Paris, meldet in der Nacht vom 29. zum 30. Juli:**

Der Botschafter in Paris an den Minister des Äußern.

Telegramm Nr. 208. Paris, den 17./30. Juli 1914.

Ihr Telegramm Nr. 1551 erhalten.

Ich habe dieses Telegramm in der Nacht erhalten und habe seinen Inhalt sofort, d. h. um 3 Uhr nachts, dem Minister des Äußern mitgeteilt. Auf meine Veranlassung hat unser Militärattaché dem Kriegsminister dieselbe Mitteilung gemacht. Im Elysée hat sofort zwischen Poincaré, Viviani und dem Kriegsminister Messimy eine Beratung stattgefunden, als deren Ergebnis dem französischen Botschafter in Petersburg ein Telegramm ungefähr folgenden Inhalts geschickt worden ist. Das Telegramm beginnt mit einem Hinweis auf den Wortlaut der Weisungen, die ihm vom Panzerschiff „France" aus erteilt worden waren. Dann heißt es: „Die französische Regierung ist bereit, alle Bündnispflicht zu erfüllen. Sie meint jedoch, daß es im jetzigen Augenblick, in dem noch zwischen den weniger interessierten Mächten Verhandlungen stattfinden, zweckmäßig wäre, daß Rußland, soweit es die Verteidigungs- und Vorsichtsmaßregeln zulassen, die es zu treffen für nötig erachtet, unmittelbar keine Maßnahmen ergreift, welche Deutschland als Vorwand dienen könnten, die allgemeine oder partielle Mobilisierung seiner Kräfte anzuordnen." Iswolski.

In jener nächtlichen Beratung im Elysée entschied sich das Schicksal Europas. Nicht einen Augenblick zögerten die verantwortlichen Leiter Frankreichs, der russischen Regierung ihre Unterstützung zu leihen, obwohl sie genau wußten, daß zu dieser Stunde eine Möglichkeit der Erhaltung des Friedens noch bestand. Sie kannten die Bemühungen Deutschlands in Wien, die gerade um dieselbe Stunde, da man in Paris für den Krieg entschied, ihren Höhepunkt erreichten. In geschickter Weise hat es die französische Regierung verstanden, nach außen hin den Schein des Friedliebenden zu wahren. Iswolski berichtet darüber in der gleichen Nacht:

Der Botschafter in Frankreich an den Minister des Äußeren.

Telegramm Nr. 210. Paris, den 17./30. Juli 1914.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 209.

Margerie, den ich soeben gesprochen habe, sagte mir, die französische Regierung wolle sich nicht in unsere militärischen Vorbereitungen einmischen, halte es aber für äußerst wünschenswert, daß diese Vorbereitungen, in Anbetracht der noch andauernden Verhandlungen zur Erhaltung des Friedens, einen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter haben. Seinerseits hat der Kriegsminister denselben Gedanken unserem Militärattaché entwickelt und gesagt, wir könnten erklären, daß wir im höheren Interesse des Friedens bereit sind, unsere Mobilmachungsvorbereitungen zeitweilig zu verlangsamen, was uns nicht hindern würde, unsere Vorbereitungen fortzusetzen und sogar zu verstärken, wobei wir uns nach Möglichkeit größerer Truppentransporte zu enthalten hätten. Um halb zehn findet unter dem Vorsitz Poincarés ein Ministerrat statt, nach dessen Beendigung ich sogleich Viviani sehen werde. Iswolski.

Während in Paris auch nicht der leiseste Versuch einer mäßigenden Einwirkung auf Petersburg ins Auge gefaßt wurde, was geschah in Berlin in diesen Stunden? Am späten Abend des 29. Juli ging im Berliner Auswärtigen Amt die Meldung des Grafen Pourtalès aus Petersburg ein, daß nach Mitteilung Sasonows Wien sich kategorisch geweigert habe, in direkte Verhandlungen mit Petersburg einzutreten. Dieses Telegramm erregte in den Berliner leitenden Kreisen den höchsten Unwillen und Zorn. Alle Bemühungen Berlins der letzten Tage hatten als Endziel die direkte Auseinandersetzung Wien-Petersburg vor Augen. Da Wien sich nun weigerte, war die ganze Vermittelungsaktion der deutschen Regierung in Frage gestellt.

Ministerialdirektor von Stumm, der das Telegramm des Grafen Pourtalès zuerst erhielt, schrieb einen Entwurf für ein Telegramm nach Wien nieder und begab sich damit in später Nachtstunde durch den Park des Auswärtigen Amtes in die Villa des Staatssekretärs von Jagow. Jagow las das Konzept Stumms durch, änderte es an einigen Stellen und ging dann zum Reichskanzler. Da im Reichskanzlerpalais um diese Stunde — es war gegen zwei Uhr nachts — bereits alles zur Ruhe gegangen war, stieg der Staatssekretär durch ein offenes Fenster ein und begab sich direkt in das Schlafzimmer des Kanzlers. An seinem Bett fand dann die Beratung über eine letzte energische Weisung nach Wien statt. Die beiden Männer waren sich der Gefahr des Augenblicks und der Kostbarkeit jeder Minute wohl bewußt. Während zur gleichen Stunde in Paris im Elysée-Palast für den Krieg entschieden wurde, gingen der deutsche Reichskanzler und Staatssekretär in ihrer Friedensliebe so weit, der österreichisch-ungarischen Regierung mit der Aufkündigung des Bundesverhältnisses zu drohen:

„Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen."

Dies war die Sprache einer Regierung, die den Frieden wollte, selbst um den Preis einer diplomatischen Niederlage. Während das vorstehende Telegramm von Berlin nach Wien ging, war von Paris nach Petersburg das Telegramm unterwegs, das für den russischen Kriegswillen den letzten Ausschlag gegeben hat.

Die Liquidierungen.

Der **„Dziennik Poznański"** (Nr. 166 vom 20. 7. 24) kommt nochmals auf die **Stellungnahme der polnischen Regierung zur Liquidationsfrage** zurück, und führt die Erklärung des Ministerpräsidenten Grabski einer Delegation von Abgeordneten aus Großpolen und Pommerellen gegenüber an, in welcher dieser gesagt habe, daß seitens der Regierung keine Beschlüsse gefaßt worden seien, durch welche der polnische Besitzstand benachteiligt werden könnte.

„Nicht so beruhigend wie die Feststellung sei jedoch jene Anordnung, von der ebenfalls in der Erklärung die Rede sei, nach der das Liquidationskomitee dreizehn nach dem 14. März — d. h. dem Tage, an welchem der polnische Delegierte Koźmiński in Genf vor dem Völkerbund für die polnische Regierung die Verpflichtung übernahm, in zweifelhaften Fällen in der Liquidationsangelegenheit keine vollendeten Tatsachen mehr zu schaffen — eingeleitete Liquidationsverfahren rückgängig machen solle.

Damit bekenne sich **die polnische Regierung** zu der deutschen Auslegung des von Koźmiński abgegebenen Versprechens, und das sei bitter genug. Die Sachlage erfordere aber eine genaue Prüfung, denn gerade in der Angelegenheit der Liquidationsfrage hätten die nicht genügend präzisierten Erklärungen der Regierungsvertreter und die unklaren Rechtsbegriffe Polen schon manchen Schaden zugefügt.

Der Übergang zur Auffassung der Gegenseite, durch welchen die endgültige Durchführung der Liquidierung deutschen Besitztums keineswegs aufgehoben werde, sei durch die offizielle Erklärung des Oberhauptes der Regierung nunmehr bindend festgelegt, nachdem man zu dem Versprechen des Herrn Koźmiński grundsätzlich bereits mit der Erklärung des Herrn Skrzyński vor dem [illegible] und Stellung genommen habe. Leider sei es Herrn Skrzyński gegenüber den feindlichen Tendenzen, welche durchaus ein Nichteinhalten der Verpflichtung durch den polnischen Staat nachweisen wollten, nicht gelungen, die Verpflichtung auf die zweifelhaften Fälle, über die nach dem 14. März Beschluß **gefaßt werden sollte, zu beschränken.**

Deutsche Rundschau.

Nr. 176.

Bromberg, Sonnabend den 2. August 1924.

Pommerellen.

1. August.

Graudenz (Grudziądz).

A **Von der Weichsel.** Raddampfer Stanislaus Konarske kam gestern mit einem Fahrzeug im Schlepp stromauf. Er lud im Schulzschen Hafen Stückgüter (Sohlleder) aus. Es liegt noch der Dampfer „Courier" im Hafen, welcher Ausflugsfahrten unternimmt und Schlepperdienste verrichtet. Im Hafen ist das Holz zusammengeschoben, um für weitere Holzmassen Platz zu machen. *

□ **Der Mittwoch-Wochenmarkt** war trotz der Erntearbeiten reich beschickt. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 1,40—1,50, Eier 1,20—1,30, Glumse 0,30, Kartoffeln 3,0—4,0, Mohrrüben 0,5, rote Rüben 0,10, Zwiebeln 0,05, Radies 0,10, Kohlrabi 0,15 per Bund, Kopfkohl 0,25, Wirsing 0,25, Rotkohl 0,30 pro Pfd., Salat 3—5 Gr. pro Staude, Rhabarber 0,15, grüne Bohnen 0,15, Schoten 0,15, Saubohnen 0,15, Blumenkohl 0,5—1,0, Gurken 5—20 Gr., Spinat 0,20, Backpflaumen 0,50, Pilze (Rehfüßchen) 0,20, Äpfel 0,8, Birnen 0,50, Stachelbeeren 0,50—0,60, Himbeeren 0,70—0,80, weiße Johannisbeeren 0,25, rote Johannisbeeren 0,20, Blaubeeren 0,20—0,25, Kirschen nach Sorte und Qualität 0,3—0,8, Schleuderhonig 1,5. Der Fischmarkt war wieder recht gut beschickt. Man erzielte folgende Preise: Aal 1,50, junger Aal 1,0—1,2, Hecht 1,0—1,2, Schleie 1,0, Karausch 0,8—1,0, Barsch 1,0, Plötz 0,25—0,4, Bresse groß 1,0, Weißfisch, Barsch im Rummel 0,25. Krebse kosteten 0,8 das Stück. Der Markt wurde nicht geräumt, die Preise mußten zum Teil weiter ermäßigt werden. Auch Geflügel war reichlich vorhanden. Man zahlte für junge Hühner das Paar 2,5—3,5, junge Enten pro Stück 3,0, junge Gänse lebend 9,0, Tauben 1,0 bis 1,5 pro Paar. Hühner in Federn werden mit 2,0—3,0 bezahlt. Der Fleischmarkt ist wieder sehr gut beschickt. Es waren folgende Preise verzeichnet: Schweinefleisch 0,70—0,80, Rindfleisch 0,60, Hammelfleisch 0,60, Kalbfleisch 0,45—0,55, Speck 0,80, Schmalz 1,20—1,40, Talg 1,0, Kottelett 0,80, Klops 0,80. Der Markt verlief recht schleppend, denn die Nähe des kommenden Monats-Ersten machte sich wieder recht unangenehm bemerkbar. *

□ **Die Beschickung des Mittwoch-Schweinemarktes** hatte ganz bedeutend nachgelassen. Vielleicht beeinflussen die dringenden Erntearbeiten die Beschickung des Marktes, andererseits ist aber auch ein wesentliches Anziehen der Schweinepreise merkbar. Absatzferkel kosteten bereits 15 bis 16 Zl. pro Paar. Die Beschickung mit Läufern, mastfähigen und Zuchtschweinen hat auch sehr nachgelassen. Es scheint, als ob infolge der neuen Kartoffelernte eine Steigerung der Schweinepreise eintreten wird. *

d **Zur Geschäftslage.** Es wird viel vom **Preisabbau** gesprochen. Tatsächlich zeigt ein hiesiges Konfektionsgeschäft auch an, daß es seine Preise um 30 Prozent ermäßigt hat. Im allgemeinen merkt man aber nichts von der Preissenkung. Textilwaren, Schuhwaren, Kurz- und Eisenwaren haben noch die bisherigen hohen Preise, ja werden vielleicht noch teurer. Die hohen Geschäftsunkosten, bedingt durch die vielfachen Steuern, welche gewöhnlich noch erhöht wurden, die Schwierigkeit des schriftlichen und persönlichen Verkehrs mit den betr. Behörden, die Geldknappheit und der dadurch bedingte hohe Zinssatz, müssen von dem kaufenden Publikum getragen werden. Die außerordentlich hohen Zölle machen die Beschaffung mancher Waren aus dem Auslande fast unmöglich. Manche Gebrauchsartikel, die früher in einer Anzahl Geschäfte angeboten wurden, sind heute in keinem Geschäft der Stadt zu bekommen. Es ist möglich, daß sie in einschlägigen Geschäften in Bromberg oder Danzig zu haben sind. Man muß eine Reise dorthin machen, wenn man die Sachen nötig braucht. *

A **Recht großen Schaden** verursachen die Stare jetzt in den Obstgärten. In großen Mengen werden die Kirschen angehackt. Weder Scheuchen noch sonstige Mittel haben Erfolg. *

de **Aus dem Kreise Graudenz**, 31. Juli. Vor einer Reihe von Jahren wurde in Mockrau von der evangelischen Kirchengemeinde ein Feierabendhaus errichtet. Das massive Gebäude war als Alterswohnung für evangelische Leute vom Lande gedacht. Das Haus war gebaut, aber es mangelte an den Bewohnern. Mancherlei Projekte erwiesen sich als nicht durchführbar. Das Grundstück ging daher nach einiger Zeit in Privatbesitz über.

Thorn (Toruń).

‡ **Von der Weichsel.** Donnerstag früh betrug der Wasserstand unverändert 0,14 Meter über Normal. — Dampferverkehr war nicht zu verzeichnen. Zwei Kähne mit Strauchwerk schwammen von hier nach Gniew (Mewe) ab. Ein leerer Kahn kam aus Złotorja (Zlotterie) an und schwamm gleichzeitig mit zwei anderen hier liegenden leeren Kähnen stromab weiter. Zwei von oben gekommene Traften machten vor der Stadt fest. **

‡ **Schwimmkämpfe um die Meisterschaft der Stadt Thorn** sind von der Schwimm-Abteilung des T. K. S. (Toruński Klub Sportowy — Thorner Sportklub) ausgeschrieben worden und gelangen am Sonnabend, 9. und Sonntag, 10. August d. J., zur Austragung. **

‡ **Diebstahl.** Aus einer Wohnung im Hause ul. Szewska (Schuhmacherstraße) Nr. 32 entwendete ein Dieb mehrere Sachen im Werte von etwa 80 Złoty. **

‡ **Pferdediebstahl.** In der Nacht zu Dienstag wurden von dem der Kirche gehörenden Gut Kielbasin bei Culmsee zwei fünfjährige Arbeitspferde mit Geschirr und ein Arbeitswagen gestohlen. Der oder die Täter konnten bisher noch nicht von der Polizei gefaßt werden. **

* **Berent (Koszierzyna)**, 30. Juli. Sehr ergiebig ist in diesem Sommer die Jagd auf Wildenten auf dem Groß Podlesser See. So schossen unlängst vier Jäger 32 Enten, ein Ergebnis, wie es selten vorkommt.

* **Konitz (Chojnice)**, 31. Juli. Annähernd an 100 Personen sollen, wie man dem „Pommerell. Tagebl." berichtet, zurzeit in unserer Stadt an Vergiftungserscheinungen erkrankt sein. Ein großer Teil dieser Erkrankungen soll durch Genuß ungesunden Fleisches hervorgerufen sein. — Der Mittwoch-Wochenmarkt war gut beschickt. Die Preise waren folgende: Butter Pfund 1,50 bis 1,60 Złoty, Eier Mandel 1,20—1,30 Złoty, Schweinefleisch 55 Gr., Kalbfleisch 45 Gr., Blaubeeren 15—20 Gr., Rehfüße 10—15 Gr., Johannisbeeren 50 Gr., Stachelbeeren 50—60 Groschen pro Liter, Mohrrüben 25 Gr., Kohlrabi 25 Gr. das Bund, Blumenkohl 0,50—2 Złoty pro Kopf, Gurken 2—5 Gr. das Stück. Frische Kartoffeln 3—4 Zl., Ferkel 6—12 Zl. das Paar.

tz. **Aus dem Kreise Schwetz**, 31. Juli. Seit einer langen Reihe von Jahren ist in dem großen Heidemarktflecken Osche der evangelische Geistliche Huß tätig. Vorher amtierte er als zweiter Geistlicher in Culm. Nunmehr wurde er vom Konsistorium auf eine andere Stelle berufen. — **An dem Bau der Leitungsüberführung des** Kraftwerkes Groddeck über die Weichsel wird noch immer gearbeitet. Es sind dazu bedeutende Mengen Material heranzuschaffen.

Die oberschlesischen Industrieverhältnisse.

Rede des Senators Mayer zum Dringlichkeitsantrage des Herrn Senator Kopciński wegen Aufhebung der Verordnung vom 18. Juli d. J. betr. Einführung des Zehnstundentages.

Gehalten am 26. Juli 1924.

Hoher Senat! Herr Senator Kopciński und Gen. fordert in einem Dringlichkeitsantrag die Aufhebung der Ministerialverordnung vom 18. Juli d. J. betr. Einführung des Zehnstundentages. Der Senat soll jetzt diese Angelegenheit regeln.

Meine Herren, ich bin der Meinung, daß es sich hier um eine sehr wichtige Angelegenheit handelt und daher notwendig ist, Ihnen ein klares Bild über die oberschlesischen Industrieverhältnisse in kurzen Worten vorzuführen. Ich nehme an, daß es hier niemand im Hohen Hause gibt, der nicht den guten Willen hätte, einen Ausweg zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise zu finden. Ich, der ich von Kind auf mit den oberschlesischen Verhältnissen ununterbrochen bis heute Fühlung hatte, zumal ich selbst da gearbeitet und sonst für das öffentliche Wirtschaftsleben großes Interesse hatte, maße mir zu, wenn auch nicht als Gutachter, so doch als Kenner der Verhältnisse, hier einige Ausführungen in dieser so außerordentlich wichtigen Angelegenheit zu machen.

Meine Herren, die oberschlesische Industrie hat schon zu früheren Zeiten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und konnte sich nur infolge reichlicher Unterstützung von seiten des deutschen Staates in Form von Aufträgen, welche bis zu 80 Prozent der gesamten Produktion ausmachten, sowie Verbilligung von Eisenbahntarifen usw. erhalten. Damals schon gab es in Russisch-Polen von oberschlesischen Unternehmungen Schwesterwerke, um die Aufträge von dieser Seite daselbst herzustellen, um damit die Gestehungskosten niedriger zu halten und den Zoll zu ersparen. Heute sind diese Werke vereinigt und die Folge davon ist, daß die früheren polnisch-russischen Werke die Abnahmequellen behalten und die oberschlesischen Eisenwerke ihre Absatzgebiete verloren haben. Als nun Oberschlesien geteilt war und ein Teil zu Polen fiel, setzte sofort von gewisser Seite eine **Agitation** ein, die darauf ausging, **alles Deutsche aus Oberschlesien zu vertreiben.** Hierbei möchte ich feststellen, daß nicht nur die staatliche Unterstützung, sondern auch die hohe technische Intelligenz der Arbeiter und Beamten zur Entwicklung und Erhaltung der oberschlesischen Industrie beigetragen haben. Man hat die besten Beamten und Arbeiter (Handwerker, Facharbeiter) entfernt und an deren Stelle Leute aus Kongreßpolen, Galizien und sonstwo gesetzt, welche nicht in der Lage waren, die Betriebe zu führen und irgendwelche produktive Arbeit zu leisten. Es ist nachzuweisen, daß an Stelle eines der vertriebenen Beamten und Arbeiter zwei gestellt werden mußten. Infolge geringer Qualifikation dieser Arbeiter ist die Produktion zurückgegangen und dadurch die Verteuerung derselben verursacht worden. Dieses hat selbst der Senator Kowalczyk in seinen Ausführungen bestätigt. Nun wird behauptet, daß Deutschland schuld daran sei, daß wir hier den Zehnstundentag einführen müssen, weil er dort schon seit längerer Zeit besteht und uns konkurrenzunfähig gemacht hat. Meine Herren, ist es denn wirklich so? Ich sage, nein! Nicht die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit kann die oberschlesische Industrie wieder in ihren früheren Zustand setzen; sie braucht vor allem einen zinslosen Kredit, reichliche Staatsaufträge sowie Eröffnung neuer Absatzgebiete und Wiedereinstellung der entfernten tüchtigen Beamten und Arbeiter.

Meine Herren, daß diese Krisis kommen wird, hat man schon viele Monate voraussehen können. Die Arbeitgeber haben schon wiederholt bei Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen darauf hingewiesen, daß insbesondere die Eisenindustrie vor einer Katastrophe steht und die Gewerkschaften ersucht, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, um das Schlimmste zu verhüten. Daraufhin begaben sich nicht nur Delegationen der Gewerkschaften, sondern auch Arbeiterdeputationen nach Warschau, um Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Diese sind nicht nur resultatlos verlaufen, sondern führten zur Entlassung von Arbeitern und Stillegung einzelner Betriebe sowie ganzer Werke. Schon bei diesen Verhandlungen sah man, daß die Regierung unentschlossen war und endlich den Ausweg der Regierungsverordnung vom 18. Juli 1924 gefunden hat. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es besser wäre, wenn die Regierung die genannte Verordnung zurückzieht, da ich die bestimmte Überzeugung habe, daß Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen und den Arbeitgebern zu einem befriedigenden Abschluß führen würden. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeitgeber von ihren zurzeit unbegründeten Lohnkürzungen sowie Reduzierung des Kohlendeputats absehen müssen. Nur unter dieser Bedingung ist eine Einigung zur vorübergehenden Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit wohl möglich. Denn es handelt sich in Oberschlesien nicht generell um die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, sondern um die Erhaltung der gesamten Industrie und somit um die Existenz von ca. 300 000 Arbeitern und Angestellten.

Ich möchte noch kurz auf die Ausführungen des Herrn Osiński eingehen. Und zwar sagte er, **daß die Deutschen in Oberschlesien eine Art Boykott gegen Polen führen und eine Agitation zur Lostrennung Oberschlesiens von Polen und Schaffung eines Freistaates mit Posen betreiben sollen.** Herr Senator Osiński überschätzt den Einfluß der Deutschen in Oberschlesien und scheint uns mit den Aufständischen und Westmarkenvereinlern vergleichen zu wollen. Denn nur diese sind nach meiner Auffassung für den Staat gefährlich.

Das Verhalten dieser genannten Vereine trägt zum großen Teil Schuld daran, daß in der so überaus fleißigen Arbeiterschaft eine gewisse Demoralisation Platz gegriffen hat. Und es gibt nur einen Ausweg, daß nun endlich mal mit der falschen Behauptung und Beschuldigung, die Deutschen wären an der Stillegung der oberschlesischen Industrie allein schuld, aufgehört wird, und alle zu der Einsicht kommen, daß nur durch gemeinsame Arbeit, zu der die Deutschen immer gern bereit, die oberschlesische Bevölkerung vor schweren Erschütterungen verschont bleiben wird.

Memento!

Der Militarismus als Ueberlebender des Weltkrieges

Von M. Auffenberg-Komarow, Kriegsminister a. D., in der „Neuen Freien Presse".

Wien, 27. Juli.

Es wird vielleicht wenig Tagesblätter geben, in denen innerhalb dieser Tage das Titelmotto nicht zum Gegenstand von Erörterungen und Betrachtungen gewählt werden würde. Es ist auch zu naheliegend, daß man der Millionen von Toten gedenkt, deren Schicksal just vor zehn Jahren in jene dunklen Bahnen gelenkt wurde, die sie zum vorzeitigen und gewaltsamen Ende geführt haben.

Da sei nun hier im Gegensatz hierzu eines Fortlebenden, ja eines scheinbar ganz Unsterblichen gedacht, der aber gleichwohl mit einer der Urheber des großen Sterbens war. Es ist der Militarismus!

Unter den vielen, zu ihrer vollen Entlastung eingestellten Motiven wurde von seiten der Entente der Satz geprägt, daß es sich für sie um einen Kreuzzug gehandelt habe; um einen Kreuzzug gegen den deutschen Militarismus. Es war ein sehr geschickt gewähltes Schlagwort. Geschickt aus dem Grunde, weil tatsächlich in Deutschland der Militarismus etwas Schillerndes hatte und gewisse äußere Merkmale und Eigenheiten auch auf das ganze bürgerliche und soziale Leben übergegangen waren. Auch wurde er — nicht zu sachlichem Nutzen — von erster Stelle aus durch Wort und Geste manifestiert, so daß der Militarismus als das mächtigste Motiv des ganzen gesellschaftlichen und sozialen Aufbaues angesehen wurde. Man übersah hierbei, vielmehr man wollte übersehen, daß hinter dem Glanz der äußeren Fassade das Innere des Aufbaues und die Einrichtung lange nicht jene intensive, keine Kosten und keine Opfer scheuende Ausgestaltung gefunden hatten wie in anderen Ländern. In erster Linie in Frankreich. Da waren verhältnismäßig die materiellen und personellen Aufwendungen erheblich größer als in Deutschland. Die traten aber weniger geräuschvoll und weniger schillernd hervor und wurden daher von der — stets nach dem Schein urteilenden Welt — weniger beachtet. Auch erwog man nicht, wollte nicht erwägen, daß die gallische Rasse trotz Voltaire, Rousseau, Romain Rolland, Barbusse und all den anderen vielleicht die kriegslustigste aller Rassen und Nationen der Welt ist; was schon daraus hervorgeht, daß von ihr mehr Kriege und kriegerische Expeditionen ausgingen als von irgendwelcher anderen. Das galt aber nicht, und wenn man vom Militarismus sprach, so erschien vor aller Augen stets nur Preußen-Deutschland in seiner schimmernden Wehr.

Nun, gegen dieses und seine Verbündeten wurde in geschickter Weise der Kreuzzug vor just zehn Jahren eröffnet und nach vier Jahren gelang es der ganzen übrigen Welt — im Kampf von 7 : 1 — den gefürchteten und wohl auch beneideten Gegner auf die Knie zu zwingen.

Thorn.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten. Sonntag, d. 3. August 24. (7. n. Trinitatis).

Gruppe. Vorm. 10 Uhr: Gedächtnisgottesdienst für die Opfer des Weltkrieges mit Sammlung für die zu schaffende 3. Tafel der Gefallenen. Pfarrer Rautenberg.

Mockrau. Vorm. 10: Gastpredigt und Katechese des Herrn Pf. Henselien.

Nitzwalde. Nchm. 4 Uhr: Pfarrer Henselien.

Ist nun aber mit dem deutschen Militarismus der Militarismus als solcher aus der Welt geschafft, wurde er zu den Millionen Toten geworfen, die der Krieg verschlungen hat?

Mit nichten, denn er lebt — in Wahrheit ein Unsterblicher — und hat gewissermaßen nur sein Domizil teilweise gewechselt. Zunächst blieb er aber seßhaft in Frankreich; ja, er erfreut sich dort, wenn auch vielleicht in etwas geänderter Form durch Einbeziehung vieler Tausender farbiger Kulturträger, eines ungetrübten Daseins. Er machte sich aber auch seßhaft in all den Gefolgsstaaten Frankreichs. Doch auch in den anderen Ländern Europas blüht er in ähnlicher Art, wie vor dem Kriege; speziell in Italien in ganz eigenartiger Weise. Da bildet die faszistische Miliz ein Korrelat zum stehenden Heer, das daher ohne weiteres eine bescheidene Reduktion erfahren kann. Die vollständige Extinktion des Militarismus in den besiegten Ländern hat also im ganzen genommen seiner Vitalität gar keinen Eintrag getan. Daß aber der Militarismus auch jegliche Couleur und Klangfarbe verträgt, erweist der Umstand, daß er im rotesten der roten Lande, in Sowjetrußland, nicht nur die einzige vollkommen und auf festester Basis gestellte staatliche Organisation repräsentiert, sondern daß er auch in den inneren Details die ganz gleichen Allüren besitzt, wie früher im zaristischen Rußland. Der dortige militaristische Aufbau hat wirklich nichts anderes als einen neuen Anstrich erhalten.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Militarismus in der ostasiatischen Groß- und Vormacht, in dem seit Jahrtausenden auf Waffengewalt fußenden Japan, nicht die geringste Abschwächung erfahren hat. Bezeichnend für die dort herrschende Gedankenrichtung mag folgendes kurzes Zwiegespräch zwischen einem hiesigen einstigen Dignitär und einem Japaner sein, der vor Jahren der Botschaft in Wien aggregiert war. Auf dessen Kenntnis der russischen Sprache reflektierend, sagte der Japaner, sie sei ihm schon vor langer Zeit geläufig gewesen, denn „man müsse immer die Sprache des Feindes kennen". Auf die Frage, welche Sprache er sich denn jetzt zu eigen mache, entgegnete er unter dem typischen asiatischen Lächeln und nach orientalischer Redeweise, ob sein Gesprächsgenosse einen Sohn besitze und wie alt dieser sei. Auf die Antwort, er stünde im zwanzigsten Lebensjahre, erwiderte der Ostasiate: „Nun, dann wird er es ja erleben, warum wir alle Englisch lernen."

Das Allermerkwürdigste liegt aber darin, daß der Militarismus nun auch dort Heimatsberechtigung gewonnen hat, wo er früher so gut wie unbekannt war: in dem großen Staatswesen jenseits der Salzflut. Zweifelsohne eine Folge des Weltkrieges, der in seiner Art Propaganda gemacht und den Militarismus in Amerika völlig in Mode gebracht hat. Schon während des Krieges, namentlich aber nach ihm, wurde es dort zum Dogma, daß Amerika den Ausschlag gegeben und daher den Krieg eigentlich gewonnen habe. Man kann die Berechtigung dieser Ansicht insofern auch nicht negieren, als ohne Amerika die Entente nie zu siegen vermocht hätte. Auch waren tatsächlich die Leistungen Amerikas ganz bedeutend, die Opfer aber, 150 000 Tote, 200 000 Verwundete, sehr erheblich. Freilich, gemessen an den ungeheuren Leistungen und Opfern der europäischen Staaten, noch gering, nichtsdestoweniger kann nicht bestritten werden, daß ohne Zutritt Amerikas nicht ein Mann der Entente an den Rhein gelangt wäre oder die Piave überschritten hätte. Diese Anschauung beeinflußte die amerikanische Mentalität aufs tiefste, und die Erkenntnis der in Ostasien lauernden Gefahr, vielleicht selbst eigene imperialistische Anwandlungen bezüglich Zentralamerikas bewirkten, daß derzeit das militärische Element Trumpf geworden ist. Die Westpointer Kriegsakademie zum Beispiel genießt allseits sympathische Beachtung, ja, Bewunderung, und für September dieses Jahres ist sogar eine Art Probemobilisierung in dem ganzen ungeheuren Lande geplant. Man denke doch nur: Eine Probemobilisierung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas! In den als militaristisch verschrienen Staaten der alten Welt, in Deutschland und Österreich-Ungarn, blieben alle Mobilisierungsvorarbeiten stets nur auf dem Papier, konnten daher nur als Präventivvorsorgen gelten; in Frankreich fanden allerdings Probemobilisierungen statt, die aber nur den einen oder den anderen Korpsbezirk — zum erstenmal jenen von Toulouse — betrafen. Nur Rußland leistete sich den Luxus einiger Probemobilisierungen großer Territorien. Speziell auch im Jahre 1914, was aber ganz effektiv schon als eine Kriegsmaßnahme zu werten war, leider damals zu wenig beachtet wurde. Und nun soll Amerika das Schauspiel einer allgemeinen Probemobilisierung bieten!

Ich knüpfe daran weder politische noch militärpolitische Erwägungen; doch diese Darlegungen sollen beweisen, daß der Militarismus auch den Weltkrieg überstanden hat. Je nach Auffassung kann man „glücklicherweise" oder „unglücklicherweise" hinzufügen, doch vermag keines der beiden Epitheta an der Tatsache etwas zu ändern. Zehn Jahre nach Beginn des fürchterlichsten aller Kriege steht also — im ganzen genommen — die Mentalität der Menschheit auf dem gleichen Fleck wie ehedem. Das mag sehr betrüblich sein, muß aber als eine Tatsache gewertet werden.

Neben das Memento mortuorum, das Gedenken der Toten, ist also gleich das Memento immortalis, das Gedenken des unsterblichen Militarismus, zu setzen. Dieser ist aber doch nur als eine logische Folgeerscheinung nicht allein des ganzen gesellschaftlichen Aufbaues sowie neuer, unhaltbarer Gewaltschöpfungen anzusehen, sondern durch die Mentalität der Menschen zu erklären. Darum besteht und bestand er, seit Menschen existieren und nur die Form war wechselnd. Es wäre gewiß sehnlichst zu wünschen, daß die tieftraurigen Erwägungen und Erinnerungen, die in diesen Tagen trübsten Gedenkens aus Millionen Herzen emporsteigen, eine Änderung, eine Besserung anbahnen würden; doch nur ein Berge versetzender Glaube vermöchte sich zu einer solchen Hoffnung aufzuschwingen.

Briefkasten der Redaktion.

A. Sch. i. Bi. und J. K. in Dw. Nach § 40, Ziffer 1, der Aufwertungsverordnung vom 14. Mai 1924 können Zahlungen, die von dem Berechtigten ohne Vorbehalt angenommen worden sind, nicht angefochten werden. Und nach Ziffer 2 desselben Paragraphen können rechtskräftig gelöschte Hypotheken nicht wieder hergestellt werden.

A. G. in Ch. Frage 1. Es handelt sich nicht um ein Urteil, sondern um einen ablehnenden Beschluß, der wohl auch von einer nachgeordneten Stelle, **wenn die Frage von neuem auftaucht**, abgeändert werden kann. Zur Auflassung sind Sie unserer Ansicht nach nicht verpflichtet, denn der Kaufvertrag hat überhaupt Rechtskraft nicht erlangt, da er an eine Bedingung geknüpft war, die nicht erfüllt worden ist. Sie sind denn auch formell wieder in den uneingeschränkten Besitz des Grundstücks eingesetzt worden. Wenn P. das Grundstück später erwerben wollte, müßte er sich mit Ihnen verständigen, d. h. mit Ihnen einen neuen Vertrag schließen. Wie ein eventl. gerichtliches Verfahren auslaufen würde, kann natürlich nicht vorausgesagt werden. Eine Bürgschaft für einen günstigen Ausgang übernehmen wir nicht. — Bezüglich der zweiten Frage erfolgt später Bescheid.

Handels-Rundschau.

Die englische Konzession im Bialowieszer Bezirk. Ungeheuer reges Interesse wird in den polnischen Industrie- und Handelskreisen dem Vertrage entgegengebracht, der zwischen der polnischen Regierung und einer Gruppe englischer Unternehmer, die Ausbeutung der Waldungen von Bialowiesz und der Gegend von Grodno betreffend, abgeschlossen wurde. Danach hat die zu diesem Zweck gegründete Gesellschaft „The Century Europeen Timber Corporation Limited" unter der Leitung des englischen Holzindustriellen Sir James Calder von der polnischen Regierung das Recht erworben, aus den genannten Bezirken ca. 700 000 m^3 Holz jährlich zu gewinnen und hat für ihre Zwecke auch sämtliche dort befindliche Sägewerke gemietet. Eine Reihe weiterer Sägewerke und Holzbearbeitungsfabriken sollen demnächst erbaut werden. Das Aktienkapital dieser Firma beträgt eine Million Pfund Sterling, wovon 20 Prozent polnischen Industriekreisen zur Zeichnung zugesichert wurden. Den polnischen amtlichen Mitteilungen zufolge wird die Holzausbeutung vollständig den Maßnahmen und Vorschriften einer rationellen Forstwirtschaft entsprechend durchgeführt werden. Die Preise, die die Gesellschaft der polnischen Regierung zu bezahlen hat, sind nur zeitweilig festgesetzt worden und werden während der Dauer des Vertrages, der sich auf etwa zehn Jahre erstreckt, immer den Weltmarktpreisen angepaßt werden. Auch soll das Personal mit Ausnahme einiger leitenden Stellungen ausschließlich aus polnischen Kräften rekrutiert werden. Die in Frage kommenden Waldungen, die die größten in Polen sind, erstrecken sich über eine Fläche von über 120 000 Hektar und enthalten 32 Millionen Kubikmeter Holz. Sämtliche polnische Holzgattungen sind dort vertreten, Kiefer und Fichte ca. 60 Prozent, der Rest entfällt auf Eiche, Weißbuche, Esche, Birke, Erle u. a. Die genannte Gesellschaft besitzt anderen polnischen Holzexporteuren gegenüber den ungeheuren Vorteil, daß sie ihr Holz den Flußweg (Njemen) über den Memeler Hafen befördern kann, wodurch sich die Fracht bedeutend billiger stellt, als über Danzig. So wird keine polnische Firma imstande sein, mit den Engländern zu konkurrieren. Der Unterschied der Exportkosten ist so bedeutend, daß es unglaublich erscheint, daß die genannte Gesellschaft auf ihren Vorteil verzichten sollte. Was für Einfluß die Sache auf den polnischen Holzhandel ausüben wird, wird die nächste Zukunft zeigen.

Neue Naphthaquelle in Baku. Die neue große Naphthaquelle, welche in Baku entdeckt wurde, hat im abgelaufenen Monat 998 000 Pud Naphtha geliefert. Dieses Naphtha enthält 4½ Prozent Paraffin, während die bisherigen Quellen nur 3 Prozent Paraffin hatten.

Jedenfalls sei anzunehmen, daß die polnische Regierung so heute wie damals gute Gründe gehabt habe, ihren Standpunkt hinsichtlich dieser Verpflichtung zu ändern, und wenn sie sich jetzt an eine andere Auffassung halte, so dürften ihre früheren Anordnungen nicht als rechtsgültig betrachtet werden. Es sei dies wie mit einem Gesetz, das auch nicht rückwirkende Kraft habe. Die Anschuldigung der Regierung durch einen Teil der polnischen Presse sei ein recht peinliches Mißverständnis der wahren Sachlage, welches um so bedauerlicher sei, als es der Gegenseite die Möglichkeit gebe, **die Unterdrückung des deutschen Elements in Polen** noch lauter in die Welt zu schreien. Das „Echo Warszawskie“, ein der Piastgruppe nahestehendes Blatt, habe dem Außenministerium die Hauptschuld in dieser Angelegenheit zugeschrieben, weil dieses seine Verpflichtungen einem internationalen Forum gegenüber den zuständigen Verwaltungsstellen nicht in angemessener Form mitgeteilt habe, „obwohl es die Art und Weise des Vorgehens einiger Verwaltungsstellen im ehemaligen preußischen Teilgebiet kenne.“ Diese Randbemerkung über die Tätigkeit der Behörden im ehemaligen preußischen Teilgebiet verrate nicht nur, daß das „Echo Warszawskie“ über das Liquidationsproblem nicht hinlänglich orientiert sei, sondern sei auch dazu angetan, in den Reihen des kampflustigen deutschen Nationalismus mit großer Zufriedenheit als Beitrag zur polnischen Volkspsychologie aufgenommen zu werden.“

*

Der **„Kurjer Poznański“** vom 22. 7. 24 Nr. 167 schimpft und wettert ganz gewaltig über den

Abschluß der Liquidationen,

und weiß allerhand Gründe anzuführen, warum und weshalb liquidiert werden müßte und doch nicht liquidiert wird: „Eine der größten Errungenschaften bedeute für Polen das auf Grund des Friedensvertrages ihm zustehende Recht, alles Eigentum der deutschen Bürger (nicht dasjenige der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität) zu liquidieren und für den Staat einzuziehen. Es sei noch nicht genau bekannt, wieviel an liquidationsfähigem Besitztum es gäbe. Einstweilen seien erst einige zehn größere Güter, 2500 Ansiedelungen, ca. 1000 Immobilien in Städten und fast 800 Handels- und Industrieunternehmungen liquidiert worden. Mindestens ebensoviel sei jedoch infolge der Unfähigkeit und Nachlässigkeit der Beamten bisher noch nicht registriert. Erst in jüngster Zeit habe man sich dieser Aufgabe ernsthaft gewidmet. Das aber müsse jeder gesunde Menschenverstand einsehen, welche kolossale Bedeutung das Recht zur Liquidierung deutschen Eigentums für den Staat habe!

In politischer Hinsicht stelle die Liquidierung eine teilweise Entschädigung der von Polen infolge der deutschen Exterminationspolitik erlittenen Verluste dar. Deutschland werde hiermit jeder Möglichkeit beraubt, die Gebiete Posen und Pommerellen wieder in Besitz zu nehmen; ferner werde hierdurch der Zusammenhang zwischen den Westwojewodschaften und den übrigen Teilen der Republik gefestigt.

In nationaler Hinsicht trage die Liquidierung zur endgültigen Entdeutschung der beiden westlichen Wojewodschaften bei. In wirtschaftlicher Hinsicht fördere sie die eingesessene polnische Bevölkerung. **Endlich sei sie in militärisch-strategischer Hinsicht von großer Bedeutung, indem die deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnsitzen und aus den Landesgrenzen ausgewiesen werde, damit sie nicht im Falle des von Deutschland vorbereiteten Krieges dem polnischen Heere in den Rücken fallen könne (?).**

Die Liquidationsfrage sei durchaus keine spezielle Angelegenheit des ehem. preuß. Teilgebietes, wie man in Warschau verschiedentlich anzunehmen scheine, sondern sie stehe mit der Sicherheit und dem Wohl des ganzen Staates in engem Zusammenhange. Trotzdem sei man dabei, die Vorteile, die aus dem Versailler Vertrage herrührenden Rechte ungenutzt aus den Händen gleiten zu lassen. Schon in der oberschlesischen Konvention seien von den Polen zustehenden Liquidationsrechten nur klägliche Bruchstücke ohne praktischen Wert übriggeblieben.

Wenn Polen mit Deutschland anläßlich der Liquidationsfrage in Verhandlungen treten würde und unter deutschen Gegenforderungen auf sein Recht verzichten sollte, so könnte man dieses Verhalten wohl kritisieren oder gegen ein solches Tauschverfahren Widerspruch einlegen, immerhin aber noch Verständnis dafür haben. Wenn man aber für nichts und wieder nichts einfach auf seine Ansprüche verzichte — — — das könnte auch nur ein Pole fertig bringen!

Leider höre man in privaten und selbst in Regierungskreisen eine Auffassung, welche jeder nüchternen Wirklichkeit ins Gesicht schlage, nämlich: daß Polen von dem ihm zustehenden Recht der Liquidierung aus moralischen Erwägungen heraus nicht Gebrauch machen dürfe, daß es barbarisch sei, unschuldige Bürger zu enteignen, nur weil sie Deutsche seien, und daß selbst Deutschland nie ihrer polnische Güter enteignet hätte!

Besonders schlimm sei es, daß diese Ansicht sogar von Leuten vertreten werde, die auf die Vorgänge im Staate einigen Einfluß hätten, und zwar nicht nur in Warschau, sondern auch hier unter den Vertretern der großpolnischen Öffentlichkeit.

Man müsse sich einmal darüber klar werden, daß der Staat als eine Gemeinschaft höheren Grades seine besonderen Ziele und Aufgaben habe, die sich mit einer individuellen Moral und den Interessen von Privatpersonen nicht immer vereinigen lassen. Vor dem Staatswohl müßten alle anderen Bedenken zurücktreten. Wenn das Wohl des Staates es verlange, so beginne man sogar einen Krieg, und ein solcher sei doch schließlich das unmoralischste auf der ganzen Welt.

Wenn das Interesse des polnischen Staates die Liquidierung deutschen Besitztums erforderlich mache, so müsse diese auch durchgeführt werden. Die Verletzung des Eigentumsrechtes könne doch niemanden erbittern, wenn sie zum Wohle des Staates geschehe. Es handle sich hier sogar um noch mehr — um die Sicherheit des Staates.

Die Liquidierung sei nur auf einen Teil des deutschen Besitztums ausgedehnt, und zwar auf das Eigentum der Deutschen, die nicht in Polen ansässig waren oder sich erst nach dem 1. Januar 1908 angesiedelt haben und daher in Polen noch nicht heimisch sein könnten. Sie erhielten die ganze Kaufsumme (?) für ihr Eigentum ausgezahlt und dürften sich sogar beim internationalen Tribunal beschweren, wenn sie glaubten, zu wenig erhalten zu haben.

Deutschland hätte nur deshalb nicht mehr als vier Güter enteignet, weil die Regierung sich einigen Parteien im Parlament gegenüber habe verpflichten müssen, nach Möglichkeit von der Enteignung abzusehen, und so habe man abwarten wollen, bis diese Verpflichtung in Vergessenheit geraten sei. Zudem habe die preußische Regierung zu der Zeit, als über das Enteignungsgesetz Beschluß gefaßt wurde, über genügend Grund und Boden verfügt, und erst nachdem dieser Vorrat erschöpft gewesen sei, was Anfang des Jahres 1914 eingetreten wäre, habe man zu einer großzügigen Enteignung polnischer Güter schreiten wollen. (?) Diese Absicht sei nur durch den **Kriegsausbruch** verhindert worden.

Wie also die Deutschen Polen gegenüber rücksichtslos vorgegangen seien, so solle auch Polen alle Humanität und falschen Bedenken beiseite lassen, hinter der sich oft nur Dummheit und Unfähigkeit versteckt hielten.“

Wir haben diese sinnlosen Behauptungen so oft widerlegt, daß es sich erübrigt, nochmals darauf einzugehen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 1. August.

Einen weiteren Aufruf an die Bürgerschaft

hat Stadtpräsident Dr. Śliwiński erlassen und bittet uns um dessen Veröffentlichung. Der Aufruf lautet in Übersetzung:

„Der Staatspräsident, der unsere Stadt am 3. und 4. August mit seiner Anwesenheit beehren wird, wird nach seiner Ankunft wahrscheinlich folgende Straßen passieren: Dworcowa, Sniadeckich, Gdańska zur Aleje Mickiewicza, Plac Teatralny, Mostowa, Stary rynek, Welniany rynek, Poznańska, Plac Poznański, Szubinska, Kordeckiego, Św. Trójcy, Jagiellońska, Bernardyńska, Toruńska, Aleje Mickiewicza, Zacisze, Niemcewicza, Chodkiewicza, Poniatowskiego, Sportowa zum Sportplatz, Chopina und Promenada.

Einem jeden Bürger müßte es am Herzen liegen, daß der hohe Gast aus der Ausschmückung der Straßen, die er passiert, beurteilen kann, wie wir für ihn gesinnt sind, und wie wir bleibende Erinnerungen an unsere schöne Stadt in seinem Herzen befestigen möchten. Daher wende ich mich an Euch, Bürger, mit der Bitte um Zusammenarbeit mit mir bei der Dekorierung der Balkons, Fenster und Häuser mit Teppichen, Blumen, Girlanden und Grün in der Zeit der Anwesenheit des ersten und ehrwürdigsten Bürgers der Republik in den Mauern Bydgoszczs.“

§ **Versetzung.** Der Präsident der Post- und Telegraphendirektion Bromberg, Ingenieur Kazimierz Dutczyński, wurde in gleicher Eigenschaft nach Lemberg versetzt.

§ **Der obligate Anzug bei dem Festessen zu Ehren des Staatspräsidenten.** Der Stadtpräsident übersendet uns die Abschrift eines Schreibens des Militärquartiers des Staatspräsidenten vom 29. Juli über den obligaten Anzug für Personen, die am Mittag- oder Abendessen, das zu Ehren des Staatspräsidenten gegeben wird, teilnehmen. In dem Schreiben heißt es: „In Beantwortung Ihres Schreibens teile ich mit, daß der obligate Anzug für Personen, die am Mittag- oder Abendessen gemeinsam mit dem Herren Staatspräsidenten teilnehmen, der Frack ist. In Ausnahmefällen kann er durch einen Gehrock oder Jackettanzug ersetzt werden, und ich bitte daher die Herren, die einen Frackanzug nicht besitzen, und am gemeinsamen Mittag- oder Abendessen mit dem Herrn Staatspräsidenten teilnehmen, in einem Gehrock bzw. Jackettanzug zu erscheinen. J. V.: Generaladjutant (—) Major Mazanek.“

§ **Tenniswettspiel.** Sonntag, 27. Juli, fand auf den Tennisplätzen des Tennisklubs Palaestra ein Wettspiel mit der Tennisabteilung der „Sportbrüder“ statt, das manche recht interessante Spiele bot. Die Ergebnisse waren folgende: 1. Dameneinzelspiel: Frl. Jahr (Sportbr.)—Fr. Knabe (Palaestra) 6:2; 6:4; Frl. Kock (Sportbr.)—Fr. Hege (P.) 7:5; 6:3; Fr. Hinrichsen (P.)—Frl. v. Hollander (Sp.) 6:1; 6:0; Fr. Dr. Goldbarth (P.)—Fr. Erdel (Sp.) 12:10; 6:3. 2. Herreneinzelspiel: Buchardi (P.)—Kneiding (Sp.) 3:6; 6:3; 7:5; Heidelk (P.)—Scherle (Sp.) 7:9; 7:5; 9:7; Jahr (Sp.)—Hinrichsen (P.) 6:3; 6:2; Guhl (Sp.)—Gnossa (P.) 6:2; 5:7; 6:9. 3. Damen-Doppelspiel: Fr. Hege, Fr. Knabe (P.)—Frl. Jahr, Frl. v. Hollander (Sp.) 6:3; 4:6; 6:4; Fr. Erdel, Frl. Kock (Sp.)—Fr. Hinrichsen, Fr. Dr. Goldbarth (P.) 6:3; 4:6; 6:4. 4. Herren-Doppelspiel: Buchardi, Gnossa (P.)—Guhl, Scherle (Sp.) 6:1; 6:1; Kneiding, Jahr (Sp.)—Heidelk, Hinrichsen (P.) 6:3; 8:6. Gemischtes Doppelspiel: Fr. Knabe, Herr Gnossa (P.)—Frl. von Hollander, Herr Guhl (Sp.) 7:5; 6:1; Fr. Hege, Herr Buchardi (P.)—Frl. Jahr, Herr Jahr (Sp.) 9:7; 6:2; Fr. Hinrichsen, Herr Heidelk (P.)—Frl. Kock, Herr Scherle (Sp.) 6:3; 6:4; Fr. Erdel, Herr Kneiding (Sp.)—Fr. Thöl, Herr Buchardi (P.) 6:4; 6:4.

§ **Auf frischer Tat ertappt** wurde bei einem frechen Gelddiebstahl ein gewisser Mendel Schneidermann aus Lodz. Er hatte im Kassenraum der hiesigen Zweigstelle der Bank Polski einem Offizier den Betrag von 5000 Złoty entwendet, wurde aber dabei abgefaßt und festgenommen.

§ **Diebstähle.** Vom Dachboden des Hauses Neuer Markt (Nowy Rynek) 10 wurden Wäschestücke und ältere Kleidersachen gestohlen. — Aus einem Keller des Hauses Rinkauerstraße (Pomorska) 35 wurden eingemachte Früchte entwendet.

§ **Festgenommen** wurden gestern zwei Betrunkene, ein Dieb und eine Sittendirne.

*

Vereine, Veranstaltungen rc.

Kleine Rundschau.

* **Ein Varieté niedergebrannt.** Wien, 28. Juli. Gestern nacht ist das vor einem Jahr erbaute Olympia-Varieté, das unter der Leitung des Direktors Czejka steht, aus bisher unbekannter Ursache vollkommen niedergebrannt. Binnen einer halben Stunde war das Gebäude in Asche gelegt. Als der Brand entdeckt wurde, befand sich nur ein Nachtwächter mit seinem Hunde darin, der das Freie gewinnen und Alarm schlagen konnte. Als ein großes Glück muß es bezeichnet werden, daß der Brand erst nach Beendigung der Vorstellung ausbrach.

* **Schlangengift im Bierfaß.** Budapest, 29. Juli. Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich in der Gemeinde Huszt ereignet. Der Gastwirt Martin Romler steckte ein Faß Bier an und reichte danach das erste Glas einem Finanzbeamten. Das zweite trank der Wirt gleich darauf selbst aus. Nach wenigen Minuten stürzten beide unter furchtbarsten Krämpfen zu Boden und starben bald darauf. Die Gendarmerie stellte sofort Ermittelungen an. Man zerschlug sofort das Faß und fand darin den Kadaver einer Viper, die offenbar vor der Füllung des Fasses in dasselbe gekrochen und dann im Biere ertrunken war. Mit ihrem Gift hatte sie nun das ganze Bier vergiftet.

* **In zwei Sekunden vierzehnmal um den Äquator.** Die Schnelligkeit der elektrischen Welle wird durch einen Versuch dargetan, der kürzlich von Neuyork aus unternommen wurde. Durch die Long-Island-Station wurde ein Signal direkt nach Polen gegeben, wo es den Warschauer Sender erregte und nach Neuyork zurückkehrte; bei seiner Rückkehr wurde es wieder reflektiert und so fort, hin und zurück, jedesmal mit verminderter Stärke, bis es nach vierzig Doppelreisen unhörbar wurde. Jede Doppelreise stellt eine Entfernung von beinahe 9000 Meilen dar, so daß alles in allem das Signal, wenn man es als eins und nicht als eine Serie von Signalen betrachten will, eine Gesamtentfernung von beinahe 360 000 Meilen oder vierzehnmal um den Äquator zurücklegte. Die Gesamtzeit der vierzig Traversierungen betrug ungefähr zwei Sekunden.

* **Der Skandal.** Ein Mann kommt in die Bar. „Geben Sie mir einen Doppelkümmel, ehe der Skandal losgeht.“ Das Barfräulein reicht ihm erschrocken ein Glas. „Noch einen Doppelkümmel, ehe der Skandal losgeht.“ Er bekommt noch einen Doppelkümmel. Und noch einen. Und darauf noch einen. Auf diese Weise verstreichen zehn Minuten. Dann fragt das Barfräulein: „Aber so sagen Sie doch, um was für einen Skandal es sich handelt und wann er losgeht?“ Der Mann antwortet: „Der Skandal geht jetzt los. Ich habe kein Geld, um den Kümmel zu bezahlen.“

Handels-Rundschau.

Notierung des englischen Pfundes an der Danziger Börse. Wie die Danziger Handelskammer mitteilt, wird auf Beschluß des Vorstandes der Effekten- und Devisenbörse ab 1. August Telegraphische Auszahlung London an der Danziger Börse amtlich notiert werden. Die Notierung wird je nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage in Zukunft daher zwischen den genannten beiden Punkten auf und ab schwanken, ohne daß natürlich auch nur im geringsten die Stabilität der Danziger Währung erschüttert wäre.

Um die Aufhebung des Ausfuhrverbots für Kartoffeln bemüht sich neuerdings das Landwirtschaftsministerium beim Wirtschaftsausschuß. In dem eingereichten Antrag wird einmal die Streichung der Kartoffeln von der Liste der für die Ausfuhr verbotenen Waren und sodann eine Ermäßigung der Eisenbahntarife für Kartoffeln nach Oberschlesien verlangt. Der Antrag wird mit der verstärkten Kartoffelproduktion begründet.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 31. Juli. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 23,60, 23,71—23,49; Holland 198,20, 199,19—197,21; London 22,82½, 22,92—22,70; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 25,95, 26,05—25,80; Prag 15,37, 15,44—15,30; Schweiz 96,15, 96,63—95,67; Wien 7,32½, 7,35—7,28; Italien 22,50, 22,61—22,39. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 31. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Złoty 109,47 Geld, 110,03 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief; Berlin 100 Billionen Reichsmark 135,56 Geld, 136,24 Brief; Holland 100 Gulden 217,58 Geld, 218,67 Brief; Zürich 100 Franken 105,73 Geld, 106,27 Brief; Kopenhagen 100 Kronen 91,52 Geld, 91,98 Brief; Warschau 100 Złoty 109,10 Geld, 109,65 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen 31. Juli		In Billionen 30. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1.365	1.375	1.365	1.375
Japan . . . . . . 1 Yen	1.715	1.725	1.715	1.725
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.12	2.14	2.12	2.14
London . . 1 Pfd. Strl.	18.44	18.53	18.42	18.51
Neuyork . . . . 1 Doll.	4.19	4.21	4.19	4.21
Rio de Janeiro 1 Milr.	0.385	0.395	0.395	0.405
Amsterdam . . 100 Fl.	160.10	160.90	160.10	160.90
Brüssel-Antw. 100 Frc.	18.95	19.35	19.025	19.125
Christiania . . 100 Kr.	56.61	56.89	56.51	56.79
Danzig . . . 100 Gulden	73.47	73.83	73.47	73.83
Helsingfors 100 finn M.	10.47	10.53	10.47	10.53
Italien . . . . 100 Lira	18.10	18.20	18.10	18.20
Jugoslavien 100 Dinar	5.01	5.03	4.98	5.00
Kopenhagen . . 100 Kr.	67.53	67.87	67.58	67.92
Lissabon . . 100 Escudo	11.27	11.38	11.27	11.33
Paris . . . . . 100 Frc.	20.93	21.05	21.00	21.10
Prag . . . . . . 100 Kr.	12.40	12.46	12.39	12.45
Schweiz . . . . 100 Frc.	77.61	77.99	77.46	77.84
Sofia . . . . . 100 Leva	3.05	3.07	3.01	3.03
Spanien . . . 100 Pes.	55.61	55.89	56.61	55.89
Stockholm . . . 100 Kr.	111.42	111.58	111.44	111.58
Budapest . . 100000 Kr.	5.21	5.33	5.29	5.31
Wien . . . . 100000 Kr.	5.90	5.92	5.91	5.93

Züricher Börse vom 31. Juli. (Amtlich.) Paris 26,90, London 32,72, Neuyork 5,39½, Belgien 24,35, Italien 23,30, Prag 15,95.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 31. Juli. Für nom. 1000 Mkp. in Złoty. Wertpapiere und Obligationen: 6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred. 4,10. — Bankaktien: Bank Przemysłowców 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 3,00. Polski Bank Handl., Poznań, 1.—9. Em. (exkl. Kupon) 2,25—2,30. — Industrieaktien: H. Cegielski 1.—9. Em. (ohne Kupon) 0,85—0,95—0,90. Cukrownia Zduny 1.—3. Em. 60—65. Goplana 1.—3. Em. (exkl. Kupon) 3,50. C. Hartwig 1.—6. Em. (ohne Bezugsrecht) 0,65. Hartwig Kantorowicz 1.—2. Em. 2,75. Herzfeld-Viktorius 1. bis 3. Em. 4,70—4,80. Dr. Roman May 1.—5. Em. (ohne Bezugsrecht) 26—27—26. Marynin Zakl. Ogrodn. w Warszawie 1.—5. Em. 0,50. Płótno 1.—3. Em. 0,50. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. (exkl. Kupon) 1,15. Tkanina 1.—4. Em. 0,55. Tri 1.—3. Em. (exkl. Kup.) 10,50—11. „Unja“ (früher Bentzki) 1. u. 3. Em. 7. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. (exkl. Kupon) 0,45. Zjed. Browary Grodziskie 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 1,75—1,80. Tendenz: behauptet.

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 1. August. (**Großhandelspreise für 100 Kilogr.**) Weizen 21,50—23,50 Złoty, **Roggen** (alter) 10,50 bis 11,50 Złoty, Futtergerste —,——12,00 Złoty, **Braugerste** 13,50—14,50 Złoty, Felderbsen —,— bis —,— Złoty, **Viktoriaerbsen** —,— bis —,— Złoty, Hafer —,— bis 14,25 Złoty, Fabrikkartoffeln —,— bis —,— Złoty, Heu, lose —,— bis —,— Złoty, do. gepreßt —,— bis —,— Zł., Weizenmehl 70% (inkl. Sack) — bis — Złoty, Roggenmehl 70% (inklusive Sack) —,— bis —,— Zł., **Weizenkleie** —,— Złoty, Roggenkleie —,— Złoty.

Danziger Getreidebörse vom 31. Juli. (Nichtamtlich.) Waggon, frei Danzig. Weizen: per Zentner 13,90—14,50 Gulden; **Roggen:** per Zentner 8,20—8,80 Gulden; Gerste: per Zentner 9,00—10,30 Gulden; Hafer: per Zentner 8,80—9,20 Gulden; kleine Erbsen: per Zentner 8,80—10,00 Gulden; Viktoriaerbsen per Zentner 12,00 bis 19,00 Gulden.

Berliner Produktenbericht vom 31. Juli. Amtliche Produktennotierungen für 1000 Kg. in Mark ab Stationen: Weizen märkischer 185—190, ruhig. Roggen märkischer 137—143, westpr. 133, ruhig. Sommergerste 162—171, Futtergerste 154—162, behauptet. Hafer märkischer 147—153, behauptet. Weizenmehl für 100 Kg. brutto einschl. Sack in Mark frei Berlin, feinste Marken über Notiz bezahlt, 25,25—28,25, ruhig. Roggenmehl 21,25—23,25, ruhig. Weizenkleie für 100 Kg. brutto einschl. Sack in Mark frei Berlin 10,40 bis 10,50, ruhig. Roggenkleie 10,20, ruhig. Raps für 1000 Kg. in Mark ab Stationen 295—290, befestigt. Leinsaat für 1000 Kg. in Mark 370, behauptet. Für 100 Kg. in Mark ab Stationen: Viktoriaerbsen 21—23, kleine Speiseerbsen 15—16, Futtererbsen 14,50, Peluschken 14, Ackerbohnen 13—15, Wicken 14—15, blaue Lupinen 9,50—10, Rapskuchen 10,50—10,60, Leinkuchen 20, Trockenschnitzel prompt 9,40—9,50, Zuckerschnitzel 19—19,50, Kartoffelflocken 21,50—23.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zł., 1 Dollar, große Scheine 5,16 Zł., kleine 5,14 Zł., 1 Pfund Sterling 22,69 Zł., 100 franz. Franken 25,55 Zł., 100 Schweizer Franken 95,35 Zł.

Materialienmarkt.

Notierungen der Berliner Metallbörse vom 31. Juli. Preis für 1 Kg. in Goldmark. Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 1,10 bis 1,11, Originalhüttenweichblei 0,60—0,62, Hüttenrohzink (im fr. Verkehr) 0,58—0,60, Remalted Plattenzink 0,50—0,52, Bankazinn-Straitszinn und Australzinn 4,70—4,75, Hüttenzinn (mindestens 99 Prozent) 4,60—4,65, Reinnickel (98—99 Prozent) 2,30—2,40, Antimon (Regulus) 0,63—0,65, Silber in Barren, ca. 900 f. f. 1 Kg. 90,75—91,25.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 31. Juli in Krakau — — (2,08), Zawichost — (1,30), Warschau — (1,18), Plock — (0,43), Thorn 0,14 (0,14), Fordon 0,25 (0,28), Culm 0,20 (—), Graudenz 0,18 (0,22), Kurzebrak 0,69 (0,73), Montau 0,21 (0,26), Piekel + 0,11 (0,16), Dirschau — 0,13 —)0,06), Einlage 2,26 (2,26), Schiewenhorst 2,52 (2,52) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke, z. Z. in Urlaub; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 71.

Kirchenzettel.
Sonntag, d. 3. August 24 (7. n. Trinitatis).
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann * 12 Uhr: Kindergottesdienst. Nchm. 5 Uhr: weibl. Jugendpflege. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehause, Sup. Aßmann.

Ev. Pfarrkirche. Vm. 10 Uhr: Pf. Hesekiel. 12 Uhr: Kindergottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr: Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr: Pf. Wurmbach *.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst — Trauerfeier — Pfarrer Laffahn. Im Gemeindehause. Nachm. 3½ Uhr: Jugendbund. 6 Uhr: Erbauungsstunde.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 10 Uhr: Lesegottesdienst. Nachm. 5 Uhr: Predigt, Beichte, heil. Abendmahl. Freitag, abds. 7½ Uhr: Bibelstunde.

Christl. Gemeinschaft, Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8 b. Nachm. 2 Uhr: Sonntagsschule. ½4 Uhr: Jugendbund. 5 Uhr: Evangelisationsversamml. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelstunde.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. * Donnerstag, abds. 8 Uhr: Betstunde.

Kl. Bartelsee. Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst, nachmitt. 4 Uhr: Frauenverein im Pfarrhause.

Schröttersdorf. Vrm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde in Blumwe's Kinderheim.

Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.

Wtelno. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst, Pf. Weiß. Koronowo, nachm. 4 Uhr: Jungfrauenverein.

Nakel. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst und Kindergottesdienst.